

Erzähler vom Westermald

Mit der wöchentlichen achtseitigen Beilage:
Illustriertes Sonntagsblatt.

Hachener Tageblatt.

Mit der monatlichen Beilage:
Ratgeber für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Verantwortlicher Schriftleiter:
Th. Kirchhölzer, Hachenburg.

Tägliche Nachrichten für die Gesamtinteressen des Westermaldgebietes.

Druck und Verlag:
Th. Kirchhölzer, Hachenburg.

Nr. 13.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis durch die Post: vierteljährlich
1,50 M., monatlich 50 Pfg. ohne Bestellgeld.

Hachenburg, Freitag den 16. Januar 1914

Anzeigenpreis (im Voraus zahlbar):
die sechsgespaltene Pettzeile oder deren
Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 40 Pfg.

6. Jahrg.

Keine Berufung im Zabern-Prozess.

Revision der Dienstvorschriften.

Berlin, 15. Januar.

Die Regierung läßt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ amtlich erklären, daß gegen den Freispruch des Leutnants v. Forstner vor dem Oberkriegsgericht keine Revision eingelegt werden wird. In der Begründung heißt es, daß der Leutnant in Notwehr gehandelt habe, sei durch das Gericht festgestellt worden, und: „Da eine Nachprüfung der Entscheidung des Oberkriegsgerichts in bezug auf die Würdigung des Ergebnisses der Beweisaufnahme dem Revisionsgericht nach dem Gesetz verweigert ist, mußte das Rechtsmittel der Revision als aussichtslos erscheinen.“

Wie die Regierung weiter ankündigt, wird auch in dem Verfahren gegen den Obersten v. Reuter der Gerichtsherr auf Einlegung der Berufung gegen das freisprechende kriegsgerichtliche Urteil verzichtet. Für diesen Verzicht mag gesprochen haben, daß die eingehende Beweisaufnahme vor dem Kriegsgericht einwandfrei den guten Glauben des Angeklagten an eine ihm nach seinen Dienstvorschriften zustehende Berechtigung zu dem Einschreiten des Militärs ergeben hat, und daß er deshalb nach anerkannten Rechtsgrundsätzen strafflos bleiben muß. Es ist richtig, so betont ferner die Regierung, daß in der Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs von 1889 Teile der Allerhöchsten Kabinettsorder von 1820 verwertet worden sind, und zwar, um das Notwehr- und Notstandsrecht des Militärs sowie die Fälle, in denen die Anwendung des Militärstrafrechts in Frage kommt, darzulegen. Aus ihrer Verwertung, die nach eingehenden Verhandlungen der beteiligten Ministerien im Jahre 1851 in allen seitdem erschienenen und veröffentlichten Neubearbeitungen der Vorschrift gleichlautend erfolgt ist, haben sich bis jetzt keinerlei praktische Unzulänglichkeiten ergeben.

Besondere Aufmerksamkeit verdient endlich die in dem gleichen Zusammenhang gegebene nachstehende Erklärung der Regierung, die auf ein Eingreifen des Kaisers hinweist: „Nachdem sich indessen bei den jüngsten Ereignissen in Zabern Zweifel daran ergeben haben, ob die Vorschrift von 1889 die Befugnisse der Zivil- und Militärbehörden richtig abgrenze, ist von Seiner Majestät dem Kaiser und Königin eine Nachprüfung der Dienstvorschrift angeordnet worden.“

Kein Reichszuschuß für die Olympiade.

200 000 Mark geirrt.

Berlin, 15. Januar.

Die Budgetkommission des Reichstages befaßte sich heute bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern mit dem Reichszuschuß für die in Berlin 1916 stattfindenden Olympischen Spiele, der in Höhe von 200 000 Mark angefordert wurde. Es entspann sich eine längere Debatte über diesen Punkt, und schließlich wurde die Forderung gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler abgelehnt. Ob es bei diesem ablehnenden Beschlusse auch im Plenum des Reichstages bleiben wird, läßt sich natürlich heute noch nicht übersehen. Erwähnt sei, daß die Reichsregierung dem vorbereitenden Ausschuss außerordentlich bereits 14 000 Mark überwiesen hat. Preußen gibt zu den Spielen einen Zuschuß von 100 000 Mark.

Marschall v. Liman.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Chef der deutschen Militärmission General Liman v. Sanders zum Marschall des türkischen Heeres ernannt worden ist. Rußland und Frankreich haben geböhrt, soviel sie konnten, um die Veranlassung deutscher Offiziere zur Reform der türkischen Armee zu verhindern. Das ist ihnen nicht gelungen. Beide Mächte reichten schließlich nicht einmal den angekündigten Protest bei der hohen Pforte ein, sondern nur eine „Anfrage“, und die wurde „befriedigend“ beantwortet — d. h., die Türken erklärten, mit der Dardanellenbefestigung werde General v. Liman nichts zu tun haben, aber Kommandeur des Konstantinopeler Armeekorps bleibe er selbstverständlich. Das sei eine rein türkische Angelegenheit. Und die Türkei sei ein souveräner Staat.

Nun verfuhrte man es andersherum. In Paris wurde gesagt, die Türkei erhalte solange keinen Pfennig Anleihegeld, als der deutsche General an der Spitze des 1. Armeekorps stehe. Das wirkte ausnehmend wie ein Volltreffer einer Granate. Die Türken sprangen auseinander, berieten und verkündeten dann im offiziellen Blatt „Tanin“: Liman sei seines Amtes als Korpskommandeur entbunden und zum Armeemuseur ernannt.

Dazu kommt jetzt nun die Nachricht, daß man ihn zum Marschall befördert habe, zum Muhi, dem höchsten Range, den die türkische Armee kennt. Man hat ihm also die direkte Befehlsgewalt über eine Truppe genommen, hat ihn sozusagen aus dem Direktorium in den Aufsichtsrat versetzt, aber wenigstens unter Beförderung.

Das merkwürdige aber ist, daß Enver Pascha, der ungarische Minister, von der ganzen Sache angeblich

nichts wissen will. Er stehe der Veröffentlichung des offiziellen „Tanin“ gänzlich fern, ihm sei von der Stellenänderung nichts bekannt. Daß Enver im Innersten seines Herzens mit einer derartigen, wenn auch in Gnaden-irrwisungen exzellierenden Kaltstellung Limans nicht einverstanden sein kann, ist klar, denn dazu ist er viel zu sehr Soldat. Er hat schon vor Limans Berufung gesagt: „Nur ein Organisator mit Kommandogewalt kann etwas erreichen.“ Es fällt einem nun schwer, sich vorzustellen, derselbe Enver Pascha habe seine Genehmigung dazu erteilt, daß Liman der Kommandogewalt entleitet würde. Unter Umständen ist alles nur eine Finte, berechnet für Rußland und Frankreich. Aber es wäre wirklich erwünscht, Klarheit darüber zu erhalten.

Auch ein Divisionskommandeur ist seines Postens entzogen und zum Oberquartiermeister im türkischen Generalstab ernannt worden. Von den höchsten Stellen im 1. Korps sind also bereits (wenn die Meldungen stimmen) zwei den Deutschen genommen und an Türken übergegangen. In einer bloß beratenden Stellung können die Herren aber natürlich soviel nicht leisten, wie sie — und Enver möchte.

Hat wirklich der Zweibund diesen Wechsel erpreßt? Es läßt sich noch nichts Genaues darüber feststellen, da die Nachrichten einander widersprechen. Der türkische Offizier meldet Limans Verletzung, der türkische Kriegsminister aber weiß von nichts. Man mag aber doch nicht annehmen, daß es sich nur um Pariser Zeitungsentzenden handeln könnte.

Dem nunmehrigen Marschall v. Liman kann es auch nicht gleichgültig sein, in welcher Stellung er sein Gehalt versteht. Als der englische Admiral Gamble, der langjährige Flottenreorganisator der Türkei, merkte, daß er nichts Rechtes leisten durfte, nahm er seinen Abschied.

Germanicus.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Bezüglich der Fristverlängerung für die Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag wird halbamtlich erklärt, daß eine weitere Sinausschiebung des Termins über den 31. Januar hinaus nicht möglich sei. Der preussische Finanzminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsschatzamt die Fristverlängerung bis Ende Januar getroffen und sich gegen eine weitere Verlängerung der Fristen ausdrücklich ausgesprochen. Den übrigen Bundesstaaten bleibt es unbenommen, ihrerseits die Fristen zu verlängern. Gleichwohl verlangt ein schleuniger Antrag der Konserverativen, Freikonserverativen, der Nationalliberalen und des Zentrums im Reichstag die Sinausschiebung der Frist bis Ende Februar.

+ Der sächsische Finanzminister v. Seydewitz wandte sich in der Kammer gegen eine Reichsvermögenssteuer. Er erklärte, die sächsische Regierung werde jederzeit einer direkten Besteuerung des Vermögens durch das Reich entgegenstehen, wie sie überhaupt eine ihrer vornehmsten Aufgaben darin erblicke, die Reichsverfassung vor jeder Abgründelung zu bewahren. Ebenso würde eine Fixierung der Matrikularbeiträge das bundesstaatliche Verhältnis zum Reich beeinträchtigen. Er freue sich, bei dieser Politik die Zustimmung des sächsischen Landtags zu finden.

+ Im badischen Landtag ist die Zaberner Affäre ebenfalls zur Sprache gekommen, und zwar hatte der Mannheimer Sozialistenführer, Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Frank, im Auftrag seiner Fraktion in der Zweiten Kammer eine Interpellation eingebracht, worin die badische Regierung um Auskunft darüber ersucht wird, ob die Kabinettsorder vom Jahre 1820, auf die sich Oberst v. Reuter und das kriegsgerichtliche Urteil in Straßburg stützen, im Bereich des 14. Armeekorps Geltung habe, und welcher Schutz dem badischen Bürger gegenüber Ausschreitungen der Militärgewalt gewährleistet sei. Im Verlauf der Verhandlungen wandte sich der Sozialdemokrat Koll mit den schärfsten Worten gegen das kriegsgerichtliche Urteil von Straßburg im Falle Zabern, und besonders gegen die Abwendung von Telegrammen durch den Gerichtsvorsitzenden an v. Januschau und v. Zagow in Berlin. Als ihn der Kammerpräsident unterbrach und ihn bat, doch die Objektivität der militärischen Richter nicht anzweifeln zu wollen, erwiderte Koll, dieser Bitte nicht entsprechen zu können und wiederholte seine Angriffe gegen das Kriegsgericht.

Großbritannien.

+ Die Antwort des Dreibundes in der Inselfrage ist nunmehr dem englischen Auswärtigen Amt überreicht worden. Die Noten wurden zwar einzeln überreicht, doch sind sie ihrem Charakter nach gleich. In Abwesenheit Sir Edward Greys wurden sie von dem italienischen Botschafter Marquis Imperiali, dem österreichisch-ungarischen Legationsrat Grafen zu Trauttmannsdorf und dem zweiten Sekretär der deutschen Botschaft Dr. v. Schubert dem Unterstaatssekretär Sir Arthur Nicolson übergeben. Die Herren suchten das Auswärtige Amt nicht gemeinsam auf. Sie erschienen einzeln und zu verschiedener Zeit. Dem Vernehmen nach enthält die langgestaltete Note wenig, was nicht schon seit einiger Zeit vorausgesehen worden ist.

Albanien.

+ Die Abdankung der provisorischen Regierung unter

Ismael Kemal Bei ist nun doch Tatsache geworden. Es wird bestätigt, daß Ismael der internationalen Kontrollkommission in Sütari seine Demission mitgeteilt hat. Er hat die Kommission ersucht, die Regierung selbst in die Hand zu nehmen, da die provisorische Regierung der nötigen Autorität entbehre. Im übrigen rechnet man damit, daß der künftige Fürst Albaniens, der Prinz zu Wied, am 25. Februar, von einer internationalen Kriegsschiffe eskortiert, in Durazzo eintreffen werde. Zum künftigen Residenzschloß wird das bisherige Bezirksgerichtsgebäude in Durazzo modern umgestaltet und u. a. mit elektrischem Licht versehen. Man hofft, mit 48 österreichischen Handwerkern aus Wien und Triest mit den Umgestaltungsarbeiten bis zum festgesetzten Zeitpunkt fertig zu werden.

Aus In- und Ausland.

Dresden, 15. Jan. In der Ersten Kammer erklärte Finanzminister v. Seydewitz, daß die sächsische Regierung die Frist für die Erklärung zum Wehrbeitrag nicht verlängern könne. Sie habe jedoch die Behörden angewiesen, möglichst weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen.

Hannover, 15. Jan. Anschließend an die Erklärungen des Reichskanzlers im Preussischen Abgeordnetenhaus erklärte die Welfenpartei, daß die Ansprüche auf den Thron von Hannover niemals preisgegeben worden seien und sie daher ihren Kampf fortsetzen werde.

Warschau, 15. Jan. König Carol erließ anläßlich des Neujahrstages an die Armer einen Tagesbefehl, in dem er auf die treue Väterlichkeit hinwies, welche die Armer bei der Vollbringung der bedeutamen Taten des letzten Jahres bewiesen habe, und hinzufügte, daß die Schnelligkeit und Energie mit der die großartige Aktion durchgeführt worden sei, den Ruhm der Armer erhöhen werde.

Hof- und Personalmeldungen.

* Prinz Adalbert von Preußen hat nach beendeterm Urlaub im neuen Jahr wieder seinen Dienst an Bord des Kreuzers „Adon“ aufgenommen. Der Prinz soll bei der Hochseeflotte noch bis Mitte März als Navigationsoffizier Dienst tun, um dann zum Admiralsstabe der Hochseeflotte überzutreten.

* Der General Liman v. Sanders, der Führer der deutschen Militärmission in der Türkei, ist vom Kaiser zum General der Kavallerie ernannt worden.

* Der Kronprinz von Sachsen hat sein 21. Lebensjahr vollendet. Er wird damit großjährig und tritt gemäß der Verfassung als Mitglied in die sächsische Erste Kammer der Ständeverammlung ein. Der König von Sachsen hat aus diesem Anlaß 35 Strafgefangenen im Alter von noch nicht 21 Jahren die Freiheit geschenkt und bei zwei Verurteilten in gleichem Alter Erlass der Strafe eintreten lassen. Ferner hat der König einige Disziplinarklagen gegen Angehörige des Leibgrenadier-Regiments Nr. 100 und des 8. Infanterie-Regiments Kronprinz Nr. 104 erlassen. Der Kaiser von Österreich ernannte den Kronprinzen zum Ritter des Goldenen Vließes.

Deutscher Reichstag.

(191. Sitzung.)

OB. Berlin, 15. Januar.

Am Bundesratsstische sieht man den Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück. Auf der Tagesordnung steht die Zabern-Interpellation der Sozialdemokraten, außerdem die durch die Abgg. v. Waser und Genossen (Sp.) ebenfalls eine Interpellation zu der gleichen Angelegenheit eingebracht worden. Die Interpellation verlangt Aufklärung darüber, wie es möglich sei, daß ein militärischer Befehlshaber sich für berechtigt halten konnte, ohne Requisition der Zivilbehörden die polizeiliche Gewalt an sich zu nehmen, ohne daß der Belagerungszustand verhängt ist, und ohne daß die Zivilbehörde durch äußere Umstände außerstand gesetzt ist, militärische Hilfe zu requirieren. Die Interpellation fragt ferner, was der Herr Reichskanzler zu tun gedenke, um den dringenden und ständigen Gefahren zu begegnen, welche sich aus dieser Sachlage ergeben.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Reichskanzler ist bereit, beide Interpellationen zu beantworten, sobald das gegen die beteiligten Offiziere schwebende Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist. Der Reichskanzler wird sich wegen des Termins mit dem Präsidenten verständigen.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Der vorliegende Gesetzentwurf kommt den Wünschen entgegen, die seit Jahren aus handelsgewerblichen Kreisen laut geworden sind. Die Meinungen sind indessen geteilt. Die Berufsverbände der kaufmännischen Angestellten haben Änderungen des Entwurfs für unzulänglich erklärt und die Forderung auf volle Aufhebung der Sonntagsarbeit erhoben. Gegen diese völlige Sonntagsruhe sind nicht nur die Geschäftsinhaber, sondern auch die ländliche Bevölkerung, die nur am Sonntag ihr Kaufbedürfnis befriedigen kann. Die Vorlage sucht zwischen diesen Bedürfnissen und den Forderungen der Angestellten einen Ausgleich zu schaffen.

Abg. Gendler (Soz.): Die Angestellten empfinden diesen Entwurf als einen Schlag ins Gesicht. (Sehr richtig!) bei den Soz.) Der Entwurf bleibt weit zurück hinter dem, was der Entwurf von 1907 bringen sollte, auch hinter dem, was in der Praxis bereits durchgeführt ist. Auch die Angestellten in Theatern, Vergnügungslokalen und in den Apotheken haben einen Anspruch auf Sonntagsruhe. Wo die Sonntagsruhe nicht durchführbar ist, müßte mindestens in der Woche eine 36stündige Ruhezeit eingeführt werden.

Abg. Erzberger (B.): Der vorliegende Entwurf scheint nicht das Richtige zu treffen. Es ist nicht zu befechten, daß die weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe eine Förderung der großkapitalistischen Verhältnisse und eine erhebliche Zunahme des Hausierhandels zur Folge haben muß. Nicht für das Handelsgewerbe, sondern auch für die Industrie ist eine 36stündige Sonntagsruhe notwendig. Der vorliegende Entwurf bräut jedenfalls nicht die Hilfe, die der Mittel-

hand erwartet. (Sehr richtig! rechts und im Zentr.) Die volle Sonntagsschube würde für kleingewerbliche Betriebe, für die die Sonntagseinnahme häufig 80 Prozent der gesamten Wochenneinnahme ausmacht, den glatten Ruin bedeuten. (Dort, dort!)

Abg. v. Eßlingen (natl.) beantragt Überweisung des Entwurfs an eine Kommission von mindestens 28 Mitgliedern.

Abg. Graf Carmer-Hieserich (L.) ist ebenfalls für Kommissionsberatung, in der seine Partei ihre Vorschläge machen werde.

Abg. Gausser (Sp.) findet viele Mängel an dem Entwurf. Seine Partei werde gegen jede Verschlechterung der jetzigen Zustände eintreten.

Nach weiterer Debatte, an der sich die Abgg. Dombach (Folk), Warmuth (Sp.) und Mumm (wirtsch. Vg.) beteiligten, verlag das Haus auf morgen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(1. Sitzung.)

Ms. Berlin, 15. Januar.

Konservative-nationalliberale Auseinandersetzungen.

Herr v. Bethmann-Hollweg spricht.

Das Haus ist sehr gut besucht, die Tribünen sind gefüllt, am Regierungstische sitzen die Minister Dr. Henke, v. Trott zu Solz, Endow, v. Dallwitz. Ein schleuniger Antrag des Abg. Kronsohn und Genossen, betreffend Einstellung eines Strafverfahrens gegen den fortgeschrittenen Abgeordneten Ernst wird angenommen. Dann wurde die Staatsberatung fortgesetzt, und unter großer Spannung nahm das Wort der konservative Führer

Abg. v. Henckeband und der Laia.

Der Redner sagte zunächst in Bezug auf die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, er und die meisten seiner politischen Freunde würden dem Verlangen der Gemeinden, die einen religiösen Unterricht wünschen, nicht entgegenstehen. In der Wahlrechtsfrage billige er die Haltung des Ministerpräsidenten. Besondere Gile habe die Sache nicht, denn schließlich würden die Geschäfte des Landes auch unter dem jetzigen Wahlrecht in zufriedenstellender Weise erledigt. Im Falle Jagow handelte es sich gar nicht um eine Kritik des Kriegesgerichts, sondern um juristische Ausführungen, über deren Wert man allerdings verschiedener Meinung sein kann. Das Geheimnis der Angriffe gegen Herrn v. Jagow liege darin, daß er der Linken keine sympathische Persönlichkeit sei. Ein Vertreter sei er allerdings nicht, aber er ist einer unserer tüchtigsten preussischen Beamten. Herr v. Henckeband sagt u. a.: In der Braunschweigischen Frage haben wir an der Loyalität des Herzogs nicht den mindesten Zweifel. Wir bedauern aber das Fortbestehen der welfischen Bewegung. Einen Bericht des Herzogs von Cumberland habe ich zwar nie für absolut notwendig gehalten, aber wir hätten eine Erklärung der Sache in anderer Form gewünscht. Offenlich wird die Regierung die schwere Verantwortung, die sie auf sich genommen hat, auch bei der zukünftigen Entwicklung tragen können.

Die elssässische Angelegenheit

Ist ja schon totgebetet: Immerhin betone ich gegenüber dem Ministerpräsidenten, daß wir auch im preussischen Landtage ein gewisses Recht haben, über diese Dinge zu sprechen. Die Einführung der elssässischen Verfassung war ein höchst bedenkliches Experiment. Wir Preußen haben ein großes Interesse an diesen Dingen, denn es kann der Fall eintreten, daß wir mit unserem Blut die dort begangenen Fehler ausbaden müssen. (Sehr richtig! rechts.) Sätten die Verdröden ihre verdammte Willkür und Schuldigkeit getan, dann hätte die ganze Sache längst nicht solchen Umfang annehmen können. Nun kommt der Redner auf die

Vermögenszuwachssteuer.

Herr v. Bethmann-Hollweg habe versucht, dafür die Konservativen verantwortlich zu machen. Das sei nicht ganz gerecht. Die Konservativen hätten dem Reiche nichts verlag, sie hätten nicht nur jeden Mann, sondern auch jeden Groschen bewilligt. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Der Ministerpräsident hätte vergessen, daß erst durch die Abkehrung der Erbschaftsteuer die große Finanzreform von 1909 möglich geworden wäre. Nur dieser Abkehrung der Erbschaftsteuer verdanke man es, daß das Reich einigermassen finanziell dastelt. (Lachen links.) Wir unterstützen gewiß gern die Regierung hier und im Reich, aber wir können unsere Überzeugung nicht aufgeben.

Aus erster Ehe.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

59)

Nachdruck verboten.

„Ich freue mich furchtbar, Göz. Eoa ist wirklich ein reizendes Mädchen. Viel Glück, mein lieber Junge,“ sagte sie leise, ihm die Hand drückend.

Göz sah sie mit brennenden Augen an.

„Ich habe sie sehr lieb, Tante Maria, — liebte sie schon, ehe ich nach Berlin ging. Nur die Verhältnisse trennten mich von ihr. Du begreift, daß ich in einer sehr peinlichen Situation bin.“

Die Generalin klopfte zärtlich seine Hand.

„Ist ja auch kein Kunststück — so ein liebes Ding. Aber nun sei auch froh und glücklich und grüble nicht über Kleinigkeiten. Gottlob ist ja nun alles im rechten Fahrwasser.“

Er küßte ihr die Hand.

„Du hast es immer gut mit mir gemeint, Tanten.“

„Weiß Gott, das habe ich,“ antwortete sie, energisch mit dem Kopf nickend. „Du warst mir immer lieb, wie ein Sohn, und Deine eheliche aufrichte Art hat mir immer sehr gefallen.“

„Und jetzt habe ich mich doch in eine häßliche Lüge verstrickt,“ stieß er heiser zwischen den Zähnen hervor.

Sie sah ihn mit ihren munteren Augen lächelnd an.

„Geh, Du Tor; quäle Dich nicht damit. Sei froh, daß Dein Herz nicht zu Lügen braucht. Nimm Dir ein Beispiel an mir; ich bereue die kleine Komödie nicht einen Augenblick, denn sie hat zwei Menschen glücklich gemacht.“ Das kann nicht jede Wahrheit von sich sagen.“

Eoa begann in diesem Augenblick ihr Vorspiel. Göz sah zu ihr hinüber. Mit einem langen Blick in seine Augen sang sie Schuberts: „Du bist die Ruh.“

Der süße Wohlklang hüllte ihn ein, seine Seele wurde ruhig und friedvoll unter diesem seelenvollen Lied. „Du bist die Ruh“, der Friede mild, die Sehnsucht Du und was sie stillt.“ Seine Augen suchten wieder leuchtend die ihren; ihre Seelen verschmolzen in einander. Er

Die Haltung der Regierung dem Reichstag gegenüber

war im vorigen Jahre so, daß Graf Schwerin sagte, ein derartiges Verhalten der Regierung wäre ihm in seinem ganzen politischen Leben noch nicht vorgekommen. Dabei mußte die Regierung die Stimmung im Lande kennen und wissen, daß das ganze Land die Wehrvorlage wollte. Warum hat sie da nicht die Volksvertretung zum Teufel gelacht? Die Entwicklung der Verhältnisse und der Sozialpolitik könne verhängnisvoll werden, die Stunde könne kommen, wo man lieber sagt: Machen Sie (zu den Sozialisten) mit Ihrer Revolution Ernst (Jurist bei den Sozialisten) lassen uns nicht verlocken, dann geht wenigstens alles drunter und drüber. Wenn das im Reiche so weiter geht, dann ist man am Ende der staatlichen Selbständigkeit und damit am Ende dessen, was das Deutsche Reich ausmacht. Das könnten die Konservativen nicht mitmachen. Der Redner schloß: Land in Land mit allen erwerbenden Ständen und unter Wahrung auch ihrer Interessen müssen wir gemeinschaftlich zusammenarbeiten in der Überzeugung, daß die Erhaltung der letzten Grundlagen unseres preussischen Staates auch die Aufgabe unserer preussischen Staatsregierung sein muß. Wenn die Regierung diese Bese geht, dann wird sie die Unterstützung der Konservativen haben. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Abg. Dr. Bell-Offen (S.) betont, diese Staatsberatung zeichne sich dadurch aus, daß hier in ungebührlicher Weise über Dinge abgeurteilt werde, die vor den Reichstag gehörten. Das Zentrum habe der Vermögenszuwachssteuer nur zugestimmt, um die Wehrvorlage nicht zu gefährden. Für absehbare Zeit dürste keine neue Steuer mehr kommen. Über Javern habe der Kanzler hier anders gesprochen als im Reichstag. Bei tatsächlichen Angriffen müsse sich ein Offizier selbstverständlich verteidigen, sonst müßte aber die Zivilbehörde gegen Offiziere und Soldaten den nötigen Schutz haben. Verlage die Zivilbehörde, müsse sofort die höchste Entscheidung angerufen werden. Die historische Vormachtsstellung Preußens wolle das Zentrum aufrechterhalten.

Abg. Schiffer-Magdeburg (natl.) begrüßt die Erklärungen des Reichskanzlers über die Braunschweigische Frage. Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. v. Henckeband. Wenn wieder neuer Weibebart im Reiche einträte, würden auch die Nationalliberalen nicht für weitere Besitzsteuern, sondern für andere Wege, vielleicht für Monopole eintreten. Die Konservativen wünschten immer nur eine starke Regierung, wenn sie mit ihnen ginge. Den schwersten Stoß hätten sie der Autorität der Regierung selbst im Jahre 1909 verlegt. Sie hätten ja für die Erbschaftsteuer eintreten können. Die Besitzsteuer wäre auch ohne die Sozialdemokraten angenommen. Verwahrung müsse man gegen die Unterstellung des Herrenhauses einlegen, als ob

der Reichstag

als Wahlparlament seine Beschlüsse nicht selbständig fachte. (Beifall links.) Sei vielleicht das Volk, das so große Opfer bringt, nur ein Objekt der Gesetzgebung? Das würde auch für die Monarchie verhängnisvoll sein. Die Wendung des Herrn v. Henckeband, man solle den Reichstag zum Teufel lassen, entpuppte sich nicht der Würde, die jene Körperschaft verlangen kann. Redner warnt die Konservativen vor übertriebenen Forderungen und kommt dann auf das

Wahlrecht für Preußen.

Die Nationalliberalen verlangen direkte und geheime Wahl da bei den gegenwärtig gegebenen Verhältnissen es unmöglich zu einer Verbesserung der eigentlichen Grundlage des Wahlsystems kommt. Dem Minister des Innern gegenüber wolle Redner erklären: Die Wähler kommen nicht zur Wahl, weil sie wissen, daß sie nichts ändern können und vielleicht die schwersten wirtschaftlichen Nachteile von ihrer Wahl haben. Darüber sei man sich einig. Bei dem Fall Javern könne von einer wilden Soldateska nicht die Rede sein, es habe leider viel zu lange eine feste Hand dort gefehlt. Aber Deutschlands Grundlage als Rechtsstaat müsse erhalten bleiben, daraus erkläre sich die Haltung der Nationalliberalen im Reichstag.

Mittlerweile ist der Reichskanzler im Hause erschienen und nimmt nun das Wort.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg

führt im wesentlichen aus: Wenn ich mich im Reichstag dagegen gewandt habe, daß man aus dem süddeutschen Reichsländer einen norddeutschen Preußen machen wolle, so galt das nur gegenüber den Klagen, daß im Elß nicht alles nach preussischem Muster geläube. Im übrigen werde ich meinen Beruf fortwährend darin sehen, das preussische Staatswesen zum Ausdruck zu bringen in den Geschäften

des Reiches, in den Geschäften der ganzen deutschen Gesamtheit. Herr v. Henckeband hat gesagt, ich habe, als ich das letztmal hier über die

neuen Steuern im Reiche

sprach, das Bestreben gezeigt, die Verantwortung für diese Reichssteuererhebung von mir abzuwälzen und die konservative Partei mit verantwortlich zu machen. Es liegt nicht in meiner Art, die Verantwortung, die ich zu tragen habe, sie ist ja reichlich groß, abzuwälzen auf irgendeinen andern Menschen oder irgendeine andere Partei. Ich habe nicht zu leicht an meiner Verantwortung zu fragen, aber ich möchte auch bitten, daß man mit den Vorwürfen, die ja so billig sind wie Brombeeren: der Schwäche, der Passivität, des Schleifenlassens der Bälle am Boden, doch etwas vorsichtiger sei. Der Abg. Minister hat neulich Zeitungsausschnitte dieser Art verlesen. Derartige Vorwürfe liegen auf der Straße und können von jedem aufgelesen werden. (Bewegung — lebhaftes Gert, hört! und Zustimmung links.) Man sollte hier nicht fortel über Reichsangelegenheiten sprechen, sonst greift man Menschen und Parteien an, die nicht in der Lage sind, sich hier zu verteidigen.

Wir leben in einer ersten Zeit,

sie ist viel zu ernst, als daß wir hier uns gegenseitig sanken sollten, wir haben Besseres zu tun. Der Ministerpräsident verteidigt nochmals die Steuererhebung des vorigen Jahres zur Deckung der Wehrvorlage und sagt, er wolle nicht sagen, daß man damals gegenüber der Regierungsvorlage einen guten Tausch gemacht habe, aber, fährt der Redner fort, wir haben die Regierungsvorlage solange vertreten, wie wir konnten. Ich könnte den Angriff zurückgeben: diejenige Partei, die sich jetzt über uns beklagt, hätte dann wenigstens von vornherein auch durch alle Stadien hindurch eine ganz andere Unterstützung geben müssen, als es die konservative Partei wirklich getan hat. (Sehr richtig! links.) Ich habe den Eindruck, damals hat die konservative Partei den richtigen Moment verpaßt, wo sie mit ihren Bedenken gegen die Regierungsvorlage aufzutreten und sich stramm an die Seite der Regierung stellen mußte. Das ist nicht geschehen.

Den Reichstag auflösen

lag kein Grund vor, namentlich bei der so wichtigen Frage der Wehr- und Deckungsvorlagen. Niemand würde es verstanden haben, wenn da, wo alles glücklich war bis auf die dauernden Ausgaben, die Auflösung erfolgt wäre. Denn es handelt sich, daß die Wehrvorlage am 1. Oktober nicht durchführbar gewesen wäre; dafür aber hätte er nicht die Verantwortung übernehmen können. Der Ministerpräsident vermahnt sich zum Schluß seiner Rede nochmals davon, daß man ihn als schlaffen, energielosen Staatsmann hinstelle, er lasse sich lediglich vom Blüthgefühl leiten.

Abg. Wogna (Folk.) erklärte, der einzige Schuldige im

Fall Javern sei die Presse und spricht für Verstärkung des Reichsbankauslaufs durch Vertreter von Handel, Industrie, Landwirtschaft.

Abg. Dr. Bachnide (Sp.) betont, die Vermögenszuwachssteuer habe endlich einmal die starken Schulkern getroffen, die sonst nur den Mund, nicht aber die Hand aufmachten.

Der Etat wird nun an die Budgetkommission verwiesen, und dann verlag sich das Haus nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte auf übermorgen.

Zabern im elssässischen Landtag.

er. Straßburg i. G., 15. Januar.

Heute ist es schon der dritte Tag, daß sich der elssässische Landtag mit den Vorgängen in Zabern befaßt. Der interessanteste Tag war entschieden der heutige, wo nicht weniger als drei Regierungsvorsteher das Wort zu der Angelegenheit ergriffen. Am temperamentvollsten von ihnen äußerte sich der Unterstaatssekretär Dr. Petri, der sein Resort, die Justiz, verteidigte. Er wies darauf hin, daß die drei Staatsanwälte aus Zabern vom Kriegsgericht nicht als Zeugen geladen worden seien, weshalb er die Herren von ihrer Amtspflicht entbunden und ihnen telegraphisch anbefohlen habe, sich sofort dem Kriegsgericht zur Verfügung zu stellen. Diese Staatsanwälte, so erklärte Dr. Petri, hätten Punkt für Punkt die Angriffe widerlegt, die Oberst v. Reuter erhoben habe. Wörtlich sagte der Unterstaatssekretär dann:

„Ich habe meinerseits Veranlassung genommen, einen

jezt vor dem Spiegel noch Betrachtungen darüber anstellen, wie ihr diese erwachsene Tochter zu Gesicht stehen würde.“

Bisher war sie noch überaus als schöne Frau gefeiert worden. Jetzt würde sie gewissermaßen aus dem Fach der Salondamen in das der Mütter übergehen.

Sie seufzte ein wenig und nickte sich resigniert zu.

„Ja, ja — mit Anstand und Würde von der Jugend Abschied nehmen, ehe man eine lächerliche Rolle spielt. Ich werde auch im Fach der Mütter noch glänzen. Man kann auch diese Rollen mit Anmut spielen, wenn man sich selbst überwunden hat,“ sagte sie halblaut vor sich hin.

Dann nahm sie ihre Wanderung wieder auf.

„Wie mag sie aussehen, meine Tochter? Ob sie schön ist, oder häßlich? Ob sie mir gleicht, oder ihrem Vater? Nun, wenn sie nicht ganz aus der Art geschlagen ist, muß sie gut aussehen. Ihr Vater war ein schöner Mann. Und ich?“ Sie streifte ihr Bild lächelnd im Spiegel. Dann sah sie eine Weile starr vor sich hin. Endlich sagte sie aufseufzend: „Wenn ich schön ist, werde ich sie lieben können. Ich wünsche von Herzen, daß sie schön ist.“

Wieder ging sie auf und ab, bis ihr die Generalin und Eoa gemeldet wurden. Mitten in ihrem Salon blieb sie stehen und sah nach der Tür. Als sich dieselbe öffnete, trat nur Eoa ein. Die Generalin wollte das Wiedersehen zwischen Mutter und Tochter nicht stören und war im Vorzimmer geblieben. Stumm standen sich die beiden eine Weile gegenüber. Zwei Augenpaare haften fest ineinander. Mrs. Fokham war erregter, als sie es selbst für möglich gehalten hatte. Das süße, blosse Mädchen Gesicht vor ihr erweckte ein Gefühl in ihrer Brust, wie sie es nie im Leben empfunden hatte.

Eoa sah mit Zagen und unruhigem Ersorschen in die Mutteraugen. Mutteraugen! Sie mußte an dieses Wort denken und ihr war zu Mute, als müßte jetzt etwas geschehen — etwas, dem sie keinen Namen geben konnte.

Endlich trat Mrs. Fokham auf sie zu. In ihren Zügen quakte es seltsam, als habe sie Mühe, ihre Fassung zu bewahren. Und doch hatte noch nie ein Mensch Mrs. Fokham fassungslos gesehen. Fortsetzung folgt.

Bericht vom Oberstaatsanwalt einzufordern, der vorgestern eingelaufen ist. Daraus ergibt sich, daß die Staatsanwaltschaft durchaus sachgemäß gehandelt hat. Dabei ist festzustellen, daß gegen keine einzige Zivilperson eine Anzeige ergangen war und somit auch keine Verfolgung von Zivilpersonen eintreten konnte. Oberst v. Reuter hatte keinen Grund, der Meinung Ausdruck zu geben, als ob die Staatsanwaltschaft bei ihren Entscheidungen von einer gewissen Vorurteilshaltung befangen war, sei es gegen die Person des Herrn Oberst, sei es gegen das Militär überhaupt. Ich weise eine solche Unterstellung im Namen der Staatsanwaltschaft und der ganzen Justizverwaltung entschieden zurück. (Lebhaftes Bravo!) Bezüglich der Zurückhaltung der Verbasteten im Bandenkerker verweise ich auf die gestrige Regierungserklärung. Verwahrung muß ich aber dagegen einlegen, daß Oberst v. Reuter seine Maßnahmen damit begründet, es sei nicht damit abgesehen, daß die Sifstierten dem Amtsgericht vorgeführt werden. Daraus klingt der Vorwurf, daß Gericht würde seines Amtes nicht pflichtgemäß walten und die Verhaftungen nicht mit dem nötigen Ernst behandeln. Die Justizverwaltung hat die Interessen der Justiz nach bestem Wissen und Gewissen gewahrt. Ich schließe mit der Erklärung, daß auch fernerhin unbegründete Angriffe und Vorwürfe gegen die Justizbehörde von mir mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, von welcher Seite sie auch kommen mögen."

Nach Dr. Petri sprachen von der Regierung noch Unterstaatssekretär Mandel und Staatssekretär Born von Pula. Ersterer äußerte sich dahin, daß die Polizei in Baden völlig genügt habe und eine Inanspruchnahme des Militärs nicht notwendig gewesen sei. Außerdem besäße die von Oberst v. Reuter angelegene Kabinetsorder vom Jahre 1820 in den Reichslanden keine Gültigkeit. Staatssekretär Freiherr Born v. Pula wies endlich die mehrfach aufgetretene Behauptung, in Eläß-Lothringen bestände eine militärische Nebenregierung, mit Entschiedenheit zurück.

Lokales und Provinzielles.

Wertblatt für den 17. Januar.

Sonnenaufgang	8 ⁴⁰	Mondaufgang	11 ³⁰
Sonnenuntergang	4 ¹⁵	Monduntergang	10 ⁰⁰

1789 Kirchenhistoriker August Reander in Göttingen geb. — 1812 Politiker Ludwig W. Dittorf in Okerappeln geb. — 1833 Friedrich König, Erfinder der Buchdruckerpresse, in Obergell bei Würzburg geb.

§ Weiterer Erfolg der Nassauischen Lebensversicherungsanstalt. Wie wir schon früher mitgeteilt haben, hatte die mit der Nassauischen Landesbank verbundene Lebensversicherungsanstalt bereits im ersten Monat nach ihrer am 15. November erfolgten Eröffnung eine Antragssumme von einer Million Mark aufzuweisen. Dieser außerordentliche Andrang hat angehalten. Bereits vor Ablauf des zweiten Monats ist die zweite Million der Antragssumme überschritten worden. Der weitaus größte Teil davon entfällt auf die „freie“ Versicherung, aber auch für die sogenannte Tilgungsversicherung (Verbindung der Lebensversicherung mit der Hypothek) beginnt sich das Interesse in stärkerem Maße geltend zu machen. Wenn man auch bei der Errichtung der Anstalt an einer günstigen Entwicklung nicht zweifelte, so übersteigt doch der bisherige Erfolg bei Weitem alle Erwartungen.

Hagenburg, 16. Januar. Das Frostwetter düstete nicht mehr lange andauern, denn für morgen wird zunehmende Bewölkung vorhergesagt. Aus verschiedenen Teilen des Reiches wird große Kälte gemeldet, in Sachsen und Thüringen betrug dieselbe bis zu 20 Grad; auf dem Westerwald haben wir in den letzten Nächten durchschnittlich nicht mehr als 12 Grad Kälte zu verzeichnen gehabt. Das Frostwetter kam unserer städtischen Eisbahn zu statten, denn seit etwa 8 Tagen ist die Oberfläche des Eisweihers mit einer spiegelglatten Eisdicke überzogen, auf der sich täglich die Schlittschuhläufer veranlassen. Gestern abend wurde ein Eisfest abgehalten, das sich großer Beteiligung zu erfreuen hatte. Bei Dampfbeleuchtung und flotter Musik entwickelte sich in den Abendstunden auf der Eisbahn ein frohes Treiben, das viele Schaulustige anlockte und bis in die späten Nachtstunden anhielt.

Altentkirchen, 15. Januar. In der am Mittwoch hier selbst stattgefundenen Versammlung des Geschmorenvereins für den Landgerichtsbezirk Neuwied ist die sühnensgemäße Mehrheit für die Auflösung des Vereins mit wenigstens 2/3 von den Stimmen sämtlicher Mitglieder nicht zu Stande gekommen. In einer am 23. ds. Mts. stattfindenden Generalversammlung entscheidet die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder endgültig.

Wissen, 15. Januar. Auf der Grube Friedrich ereignete sich gestern nachmittag ein schrecklicher Unglücksfall. Kurz nachdem die Bergleute der Nachmittagschicht angefahren waren, lösten sich bei Sicherstellung der Arbeit Gesteinsmassen und die drei Bergleute Peter Weiz aus Rahn, Karl Becker aus Hünnesberg und Wolf Müller aus Dillenburger wurden verschüttet. Weiz und Müller konnten noch im Laufe des Abends als Leichen geborgen werden, Becker wurde erst heute morgen gegen 4 Uhr, nachdem in der Nacht durch vierzehn Schiffe die Gesteinsmassen entfernt worden waren, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt als Leiche geborgen. Weiz und Becker sind verheiratet und väter zahlreicher Familien. Weiz hinterläßt 9 zum Teil unmündige Kinder.

Frankfurt a. M., 15. Januar. In einem Juwelier- und Uhrengeschäft der Altstadt wurden in der letzten Nacht goldene Uhren und andere goldene Schmuckstücke im Werte von etwa 30000 Mk. gestohlen. Die Diebe hatten vom Flur aus ein Loch in die Wand des Ladens gebrochen. Die Gegenstände sollen versichert sein. — Selbstmord durch Vergiftung verübte vorgestern im Saal der Strafkammer des hiesigen Landgerichts der Malermeister Karl Kurt aus Sternberg. Kurt war wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Nachdem das Urteil verkündet war, setzte er sich nieder und kletterte vor den Augen der Richter ein Fäßchen mit Gift. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb.

Siegen, 15. Januar. Die Stadtverordneten haben in geheimer Sitzung einstimmig an Stelle des am 1. April wegen Krankheit aus seinem Amt scheidenden Oberbürgermeisters Meum den hiesigen Beigeordneten Bürgermeister Karl Keller zum ersten Bürgermeister von Siegen gewählt. Keller, der 1879 in Mainz geboren wurde, steht den politischen Parteien unabhängig gegenüber, gehört aber seiner politischen Überzeugung nach dem entschiedenen Liberalismus an. Er ist seit 1907 in städtischen Diensten und erstreckt sich der allgemeinen Sympathie der Bürgerschaft.

Kurze Nachrichten.

In Weidenau bei Siegen wurde der Kaufmann Kehler wegen Falschmünzerei verhaftet; er hatte falsche Zweimarkstücke in erheblicher Anzahl ausgegeben. — Eine Frau von Oberlahnstein, deren Mann schon seit längerer Zeit in einer Irrenheilanstalt untergebracht ist, besuchte diesen am Montag. Auf der Rückfahrt verfiel die Frau ebenfalls in Trübsinn, so daß sie sofort in dieselbe Anstalt untergebracht werden mußte, in der sich ihr Mann befindet. — Wegen Beihilfe zur verbotenen Abtreibung war vom Landgericht Frankfurt a. M. Karl Hopf zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Seine Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Auf der Station Mainz-Wombach wurde ein Bahnarbeiter, der vor dem bereits in der Bahnhof eingekesselten Schnellzug Köln-Mainz das Gleis überspringen wollte, von der Lokomotive erfasst und getötet. — Die Buchdruckerei Kefberg in Hofgeismar ist in Konkurs geraten. Die Passiven sollen sich auf 600000 Mk. belaufen. Die Firma war schon seit längerer Zeit als Preischleuderer bekannt und hat nunmehr bewiesen, wohin es führt, wenn gewerkschaftliche Preise nicht eingehalten werden. — Der Hofmeister Thiele von der Staatsdomäne Waldeck bei Cassel wurde von einem Bullen aufgespießt und getötet.

Nah und fern.

○ Eine vierfache Kindesmörderin für geisteskrank erklärt. Im Sommer vorigen Jahres hatte die Lehrersfrau Berthold in Franken bei Singig (Rheinland) drei ihrer Kinder in einer Badewanne und ein viertes, das jüngste, in einem Eimer ertränkt. Frau B. war dann abwechselnd im Singiger Gerichtsgefängnis und in der Irrenanstalt zu Andernach untergebracht. Nunmehr ist das Verfaßten gegen sie endgültig eingestellt worden, da sie als unzurechnungsfähig bei Begehung der furchtbaren Tat erklärt worden ist.

○ Stapellauf des Schulschiffes „Großherzog Friedrich August“. Das neue Schulschiff des Deutschen Schulschiffsvereins ist glatt vom Stapel gelaufen. Eine Reihe von Glückwunschtelegrammen war dazu eingegangen. Der Kaiser hatte auf die Meldung des Stapellaufs an den Großherzog von Oldenburg ein Telegramm geschickt, in dem er den Wunsch aussprach, daß es dem neuen Schiff beschieden sein möge, die ihm anvertraute deutsche Jugend zu weckern, verlässlichen Seeleuten heranwachsen zu lassen. Zahlreiche Auszeichnungen wurden verliehen.

○ Über hundert Menschen aus Seerott gerettet. Der in der Nähe von Dartmouth auf ein Riff geratene Dampfer „Cobeguid“ ist von den zu Hilfe geeilten Schiffen aufgefunden worden. Es gelang, insgesamt 118 Passagiere und Mannschaften des verunglückten Dampfers zu übernehmen, trotz des andauernden Sturmes und der heftig bewegten See. Der größte Teil des Schiffsrumpfes des „Cobeguid“ ragte über das Wasser hinaus, wurde aber von Sturmwellen überflutet. Das Schiff selbst wird verloren gegeben.

○ Schwerer Eisenbahnzusammenstoß. Zwei Eilgüterzüge der Weichselbahn stießen bei der russischen Station Potot mit solcher Wucht zusammen, daß beide Maschinen und 14 Waggons total zerkleinert wurden. Acht Bahnbedienstete erlitten schwere Verletzungen. Ein herankommender Personenzug konnte noch rechtzeitig kurz vor der Unfallstelle zum Halten gebracht werden.

○ Diebstahl in der Kirche. Die alte Kirche Santi Anton in Ferrara ist von Dieben völlig geplündert worden. Die Altäre wurden von allem Gold und Silber entleert, der Sarkophag der heiligen Beatrix von Eile verwüstet und der Reliquienschein zertrümmert. Auch in der ungarischen Ortschaft Steinamanger wurden in der katholischen Kirche die Reliquien des heiligen Martin samt dem wertvollen Tabernakel und sonstigen goldenen und silbernen Kirchengeräten gestohlen. In diesem Falle konnte der Dieb verhaftet werden, als er versuchte, die gestohlenen Sachen zu verkaufen.

Kleine Tages-Chronik.

Magdeburg, 15. Jan. Während die Eltern ihrer Beschäftigung nachgingen, blieben drei Kinder einer Arbeiterfamilie unbeaufsichtigt in der Wohnung zurück. Durch Entzündung von Holz, das zum Trocknen hinter den Ofen gelegt war, entwickelte sich starker Rauch. Die Kinder erstickten.

Sirichberg, 15. Jan. In den Gebirgstälern des Riesengebirges werden 25 Grad Kälte verzeichnet. Schneestürme und Eisanklag haben viele Telegraphenleitungen zerstört.

Kattowitz, 15. Jan. Von einer über ganz Polen verbreiteten Bande von Mädchenhändlern wurden sechs Mitglieder verhaftet.

Erdbebenkatastrophe in Japan.

Hunderttausend Menschenleben vernichtet.

nn. Tokio, 15. Januar.

Der Ausbruch des Vulkans Sufurakima hat eine Katastrophe über Südjapan heraufbeschworen, deren Folgen sich in ihrer ganzen Ausdehnung noch nicht übersehen lassen, die aber heute schon als die schwerste bezeichnet werden kann, von denen das Land je heimgesucht worden ist. Die ganze Insel gleichen Namens ist dem Verderben preisgegeben, die Stadt Kagoshima ist 15 Fuß hoch mit Asche bedeckt, sechshundert Häuser sind eingestürzt, Feuer und Flutwellen haben das übrige getan, um eine Stadt vom Erdboden hinwegzuräumen.

Der Bericht des Flüchtlings.

Der erste Flüchtling, und damit der erste Augenzeuge der Katastrophe, ist in Tokio eingetroffen. Nach seiner Schilderung begannen die unterirdischen Geräusche, die den Ausbrüchen des Vulkans vorausgingen, und die Ausbrüche selbst am 10. Januar. In der Nacht schlief niemand, vielmehr hielten alle Leute Lebensmittel bereit, um am Morgen zu fliehen. Am 12. Januar erfolgte ein Ausbruch des Sufurakima-Vulkans, die Bevölkerung flüchtete ans Meer und suchte nach Booten und anderen Beförderungsmitteln, um sich zu retten. Aus drei Spalten des Vulkans sah man

Flammen bis zu einer Höhe von tausend Metern aufsteigen, gleichzeitig drang Rauch aus dem Berg hervor, und es folgte ein Regen von glühenden Steinen. Die Ausbrüche waren von Donnererschlägen begleitet. Die Bewohner des Festlandes sandten alle Boote herüber, aber es gab nicht genug Schiffe, so daß zahlreiche Flüchtlinge den Versuch machten, schwimmend das Festland zu erreichen. Die meisten ertranken. Kagoshima gleich einem Schlachtfeld. Die Häuser wurden durch Felsstücke oder durch das Erdbeben zerstört.

Alles verheert.

Nach einer drahtlosen Meldung des Kapitäns des japanischen Kreuzers „Tone“, der neben anderen Kriegsschiffen von der Regierung zur Hilfeleistung entsandt worden ist, ist in Kagoshima niemand am Leben geblieben. Ein Schiff, das nach dem ersten Ausbruch des Vulkans 307 Flüchtlinge an Bord nahm, soll während des zweiten Ausbruchs gesunken sein. Man berechnet jetzt die Zahl der Menschenopfer auf fast hunderttausend. Furchtbare Erdbeben zerstörten Städte und Dörfer an der Küste, breite und lange Erdbenenfalten erstreckten sich nach allen Richtungen. Die Küste wurde von einer Flutwelle überschwemmt, und Aschenregen ging bis Osaka im Osten und Ogajawara im Süden nieder.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Der Antrag des Staatsanwalts im Kölner Verleumdungsprozess. In dem Prozess gegen den Redakteur Solmann wegen Verleumdung des Kölner Polizeipräsidenten beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 500 Mark, unter Zuhilfenahme des § 198 (Wahrung berechtigter Interessen). Die Verteidiger beantragten Freisprechung. Die Urteilsverkündung soll am 17. d. M. erfolgen.

§ Gisminder Hopf vor Gericht. In der weiteren Verhandlung gegen den Artisten Hopf erklärte die Zeugin Walli Hopf, die dritte Frau des Angeklagten, daß Hopf bei der Rückkehr von der in London vollzogenen Debatte mit seinen eigenen Angelegenheiten sehr geheimnisvoll tat. Er hielt alles in seinem Schreibtisch ängstlich verschlossen. Nach der Vernehmung kam Hopf sofort auf die Vernehmung zu sprechen und sagte, er werde in eine Versicherung eintreten. Die Versicherung solle auf beide Personen genommen werden, weil „das billiger sei.“ Wenige Tage später legte er dann der Zeugin einen Schein vor, in dem sie die Erklärung abgeben sollte, nach ihrem Tode verbrannt werden zu wollen. Den Schein hat die Zeugin nicht unterschrieben, weil sie bald Verdacht schöpfte. Die Zeugin schilderte dann, wie sich Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß von Tee bei ihr bemerkbar machten, Hopf hat ihr aber gesagt, wenn sie ihn dem Staatsanwalt ausliefern, nehme er selbst Gift ein. Im weiteren Verlauf gibt der Angeklagte dann selbst zu, der Frau Tophusbasillen verabfolgt zu haben; ob er ihr auch Cholerabazillen gegeben habe, will er nicht mehr wissen. Nachdem noch mehrere Zeugen, darunter auch der Versicherungssagent über die Vermögensverhältnisse bei Ablauf der Versicherung gehört waren, wurde die Verhandlung vertagt.

Bunte Zeitung.

Sport der Könige. Neben der Jagd pflegt König Ludwig von Bayern auch den Sport des Kegelschlebens, und es soll nicht allzu selten vorkommen, daß der von dem königlichen Sportliebhaber abgeschobenen Kugel „alle Reine“ zum Opfer fallen. Wenn der König sich auf der Bahn befindet, fällt jedes Zeremoniell, ebenso wie jeder andere bürgerliche Mitspieler legt er den Rock ab und hat seine Freude daran, in Hemdärmeln dem Spiel zu huldigen. Auch König Friedrich August von Sachsen spielt oft und gerne eine Partie, wozu er dann seine Jagdsfreunde und die königlichen Forstbeamten einladet.

Bürgermeister, Polizeidiener und Handwerksbursche im Orisarest. Ein tragikomischer Vorfall wird aus einem württembergischen Städtchen berichtet. Auf der Durchreise nach der Banderarbeitsstätte kam vor einigen Tagen ein Handwerksbursche durch einen Ort im Höhenloheichen und wurde wegen Bettelns vom Polizeidiener in den Orisarest gesteckt. An dieser Maßnahme beteiligte sich auch der Ortsvorsteher, der bei dieser Gelegenheit das Arrestlokal besichtigte. Als alle drei den Raum betreten hatten, warf plötzlich der Wind die Tür zu; Schulknecht und Polizeidiener sahen sich nun mit dem Handwerksburschen eingesperrt. Es dauerte längere Zeit, bis ein Nachbar ihre Hilferufe beachtete und wenigstens die hohe Obrigkeit aus ihrem unfreiwilligen Gewahrsam befreite.

Das genährte Herz. Es ist keine Seltenheit mehr, daß durch Messerstücke verletzte menschliche Herzen von den Ärzten wieder zusammengeknüpft werden. Seltener aber ist der Fall, wenn nicht gar einzig dastehend, daß der Patient diesem Tun aussteht. Ein Italiener mußte in einem Londoner Hospital sich mehrere gefährliche Stiche im Herzen vernähen lassen. Während die Ärzte bei der Arbeit waren, erwachte der Patient aus der Narkose und sah nun ruhig der schwierigen Tätigkeit zu. Die Öffnung, ihn am Leben zu erhalten, ging freilich nicht in Erfüllung.

Goldmünzen aus dem achten Jahrhundert. Das britische Museum ist durch Kauf in den Besitz einer Goldmünze gelangt, die wohl nur noch in diesem einen Stücke existieren dürfte. Die Münze stammt aus der Zeit des angelsächsischen Königs Offa (757 bis 796) und zeigt in arabischer Sprache eine mohammedanische Inschrift. Sie ist vor langen Jahren von einem französischen Herzog von Rom erworben worden.

Merkwürdige Sitten. Ein Reisender schildert in fesselnder Weise die Jagdbenteuer, die er im südlichsten Afrika erlebt hat, und erzählt bei dieser Gelegenheit von einigen merkwürdigen Sitten der Eingeborenen Rhodesiens, die sich in sehr günstiger finanzieller Lage befinden. Männer und Frauen reihen sich die Schneidezähne heraus, um nicht den Rebrass, die ein vollständiges Gebiß haben, zu gleichen. Die Steuern zahlen die Eingeborenen auf Grund der Zahl der Frauen, die ein jeder besitzt. Für jede Frau sind einmal im Jahre zehn Mark zu zahlen. Da es nun Eingeborene gibt, die bis zu zwölf Frauen besitzen — es herrscht Vielweiberei im Lande —, muß mancher Mann alljährlich einen Steuerbetrag von 120 Mark entrichten. Eine Religion kennen die Eingeborenen nicht; sie glauben nur an die Geister der Verstorbenen und veranlassen daher bei jedem Todesfalle eigentümliche Orgien: o. Frauen bestreuen sich den ganzen Leib mit Asche, singen, tanzen und schreien unter Trommelbegleitung und betrinken sich schließlich mit einer Art Bier, das aus Mais gebraut wird; das ist so ziemlich der einzige „Gottesdienst“, den man im Lande kennt.

Wenn man Geschäfte machen will. Daß man nicht allzu neugierig sein darf, wenn man unausgesprochen Ant-

